

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 70 (1990)  
**Heft:** 10

**Rubrik:** Blickpunkte

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 22.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Neuer Anlauf in der Finanzpolitik

Eine der grossen längerfristigen Pendenzen der eidgenössischen Politik ist die Schaffung einer neuen Finanzordnung. Das gegenwärtig gültige Regime der Bundessteuern ist bis 1994 befristet. Dabei besteht seit Mitte der siebziger Jahre weithin Einigkeit darüber, dass die Warenumsatzsteuer grundlegend revidiert werden sollte. Ein Wechsel zum System der Mehrwertsteuer wurde trotzdem gleich zweimal, 1977 und 1979, vom Volke abgelehnt. Danach wurde das jahrzehntelange «Dauerprovisorium» bis in die neunziger Jahre hinein verlängert — in der Hoffnung, dass damit Zeit genug für ein neues, noch ausgereifteres Gesamtpaket bleibe.

Doch dem Bundesrat pressierte es in der Folge nicht besonders. Erst nach den Wahlen von 1987 kamen neue Zeichen aus dem Finanzdepartement. Und erst weitere zwei Jahre später begann die Ständeratskommission mit der Behandlung einer bundesrätlichen Vorlage — und stellte sie sofort ziemlich gründlich auf den Kopf: Das «Gesamtpaket» mit Reformen der Umsatzsteuer und der Stempelabgabe sowie weiteren punktuellen Revisionen wurde «entkoppelt», der Bundesrat wurde dazu verknurrt, seinem Vorschlag die konkretisierte Variante einer Mehrwertsteuer zur Seite zu stellen.

Fast ein Jahr später, im vergangenen Juni, beschloss das Plenum der Ständeratskommission schliesslich den Systemwechsel zur Mehrwertsteuer. Doch die schon früher abgeseignete Vorausbehandlung

der Stempelrevision blieb inzwischen stecken. Und da auch die neue Form der Umsatzbesteuerung noch vielerorts auf Widerstand stiess, schien die Volkammer als Zweitrat vor einer fast unlösbaren Aufgabe zu stehen. In dieser Situation beschlossen die Bundesratsparteien, im Rahmen eines Sonderausschusses einen Kompromiss zu suchen. Dabei sollten die verschiedenen umstrittenen Pendenzen zu einem neuen Gesamtpaket geschnürt werden.

Die Hauptelemente dieses Grobkonzepts sind erstens eine möglichst breit abgestützte Form der Mehrwertsteuer, eine Stempelrevision mit reduzierten Ausfällen sowie eine Kompromissformel bei der noch immer nicht bereinigten Tarifstruktur und -gestaltung der direkten Bundessteuer für juristische Personen. Es wird sich nun zeigen, ob die in den nächsten zwei Monaten intensiv tagende Spezialkommission des Nationalrates wirklich ein Konsenspaket auszuarbeiten vermag, das noch dazu in seinen Kernstücken auch Gnade vor dem Stimmvolk finden soll.

Die sachlichen und politischen Gegensätze sind zum Teil auch unter den Finanzpolitikern des Parlaments nach wie vor noch immer beträchtlich. Und da und dort regen sich auch bereits Symptome der Vorwahlzeit. Denn es ist nicht ausgeschlossen, dass es noch im Vorfeld des eidgenössischen Wahlherbstes von 1991 zum Urnengang kommen wird. Andererseits ist aber unter den Parteien doch auch der Wille spürbar, die

Finanzreform nicht weiter zu verzögern.

Falls es nicht gelingt, in den allernächsten Monaten zu einer Lösung zu kommen, besteht nämlich die Gefahr, dass nach den Wahlen nochmals von vorne begonnen werden muss. Und das könnte letzten Endes zu einem Zeitdruck führen, der nur noch

Raum für eine Verlängerung der gegenwärtigen Ordnung liesse. Dies wiederum wäre doch wohl kein Ruhmesblatt für Regierung und Parlament, nachdem über die Notwendigkeit einer umfassenden Finanzreform schon seit Jahr und Tag allgemeine Übereinstimmung herrscht.

*Richard Reich*

## Das Schlagwort vom «Sozialdumping»

Die Diskussion um das Schlagwort vom «Sozialdumping» in der EG ist eine Erfindung insbesondere der deutschen Gewerkschaften. Sie findet ihren Reflex ausserhalb der Gemeinschaft in den immer wieder aufflammenden Protesten gegen Importe aus Billiglohnländern, die ihren Wettbewerbsvorteil aus sozialpolitisch unwürdigen Verhältnissen bezögen. Das «Sozialdumping» sei für die Existenz eines *unfairen Wettbewerbs* in den entwickelten Ländern verantwortlich, und dies gleich in zweifacher Hinsicht: einmal würden die *Arbeitsplätze* in den Industriestaaten gefährdet, und sodann basiere der Wettbewerbseffekt in einer Perpetuierung der nicht über alle Zweifel erhabenen Sozialordnungen in den Entwicklungsländern. Es handle sich also um eine moderne Form der *Ausbeutung*. Diese Auseinandersetzung hat innerhalb der EG eine Intensität erfahren, die zwar noch zu keinen «endgültigen» Ergebnissen geführt, aber immerhin einige aufschlussreiche Zwischenresultate geliefert hat

Ausgangslage dieser Kontroverse ist eine EG, deren «Stammlande» als

hochentwickelte Industriestaaten an der Peripherie in wirtschaftlich *strukturschwachen Regionen* eingebettet sind. Dieses Gefälle kommt nicht zuletzt in höchst unterschiedlichen Lohn- und Sozialleistungen zum Ausdruck, die im Urteil der «Sozialdumping»-Euphoriker zu Wettbewerbsverzerrungen führen. In einem gemeinsamen Markt, der sicherstellen wolle, dass die Spiesse der Wettbewerber gleich lang sind, müssten deshalb auch die Sozialschutznormen und die Sozialleistungen harmonisiert werden. Und weil ein Sozialabbau in den «Stammlanden» nicht in Frage kommen könne, bleibe eben nur der Weg einer entsprechenden Anhebung des Sozialniveaus in der Peripherie.

Diese Kontroverse ist innerhalb der EG *nicht neu*. Sie tauchte schon bei den Verhandlungen über den EG-Vertrag auf. Der Kompromiss wurde damals deshalb, weil sich dieses Gebiet aus naheliegenden Gründen als nur schwer harmonisierbar erwies, auf einem eher *tiefen Konsensplafond* erreicht: die sozialpolitischen Kompetenzen der EG wurden in einem *eng begrenzten* und

wettbewerbspolitisch wenig bedeutungsvollen Rahmen definiert. Mit der Erweiterung der EG hat dieses Thema allerdings wieder neuen Auftrieb erhalten. Die Diskussion gipfelte — vorangetrieben von einem steigenden politischen Druck des Europäischen Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie einiger Regierungen — Ende des vergangenen Jahres in einer Annahme der «Sozialcharta» («Gemeinschaftscharta für die sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer») durch den Europäischen Rat — jedoch ohne die Stimme der Briten. Die eher mühsam zusammengeschusterte Charta ist nicht sehr viel mehr als eine eklektische Häufung von eher *unverbindlichen Aussagen* zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Sie hat nicht den Status einer verbindlichen, supranationalen Akte zur Sozialpolitik erreicht: vielmehr blieb sie im Schwerefeld einer *politischen Absichtserklärung* hängen. Trotzdem wäre es natürlich falsch, ihr Gewicht zu gering einzuschätzen. Als Kristallisationspunkt einer *künftigen* europäischen Sozialpolitik vermag sie möglicherweise durchaus eine gewisse Bedeutung zu gewinnen. Sie demonstriert aber gleichzeitig auch die Schwierigkeiten, mit denen sich die Integrationspolitik «alten Musters» (Harmonisierung von oben) konfrontiert sieht. Diese lassen sich, auf eine kurze Formel reduziert, darauf zurückführen, dass es kaum möglich — und wirtschaftlich auch wenig sinnvoll — ist, den Sozialstandard in Ländern mit einem völlig *unterschiedlichen Entwicklungsniveau* per Dekret zu vereinheitlichen, weil diese eben als Spiegelbild eben dieser divergierenden Entwicklungsstadien zu verstehen sind.

Unterschiedliche Einkommens- und Sozialverhältnisse sind letztlich das

Ergebnis der *Leistungsunterschiede* der einzelnen Volkswirtschaften, sind das Resultat von erheblichen Differenzen in der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und auch der Wechselkurse. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländer vermag bundesdeutsche oder schweizerische Sozialleistungen nicht zu tragen; und würden sie diesen Ländern aufgezwungen, so müssten sie jede Entwicklungschance verlieren und die entwickelten Länder in eine schwer erträgliche Privilegierung schieben. Es hat zwar stets zur bevorzugten Politik der Gewerkschaften gehört, ihre Mitglieder auf Kosten anderer Gruppen, nicht zuletzt derjenigen, die im Arbeitsprozess nicht integriert sind, zu schützen. Im hier zur Debatte gestellten Fall jedoch müssten die Konsequenzen schlicht katastrophal sein. Das haben die Vertreter dieser Staaten auch erkannt. Die *komparativen Vorteile* der Peripherie sind nun einmal im internationalen Vergleich tiefe Löhne und Sozialkosten — und darin vor allem liegt eine jener Quellen, aus denen *Entwicklungsanstöße* fließen.

Die Frage, wie sich die dadurch entstehenden Wettbewerbsvorteile für die Peripherie und die «Stammländer» auswirken, verlangt eine differenzierte Antwort. Theorie und Erfahrungen lehren, dass die *Umlenkungseffekte in den Handelsströmen* für die Industrieländer als erträglich eingeschätzt werden können; und weiter ist nicht damit zu rechnen, dass die *Standortvorteile* der Niedriglohnländer sich in einer Massenflucht von Direktinvestitionen in die wirtschaftlichen Randregionen auswirken werden. Innerhalb der Standortfaktoren spielen die Lohn- und Sozialkosten zwar eine gewisse, keineswegs aber eine ausschlaggebende

Rolle. Aus der Entwicklung der Nachkriegsjahre in Europa ist abzulesen, dass der allergrösste Teil der Direktinvestitionen noch immer *innerhalb der entwickelten Industriestaaten* stattfindet. Andererseits kommt dem Wettbewerbsvorteil für die Peripherie ein ungleich grösseres Gewicht zu. Sie hat nur *eine* Chance, ihre Lohn- und Sozialverhältnisse auf eine solides Fundament zu stellen, nämlich *wirtschaftliche Entwicklung*. Aus diesem Grunde wäre es höchst fragwürdig, wenn die EG in eine Politik einschwenken

würde, die die Sozialpolitik zur Bremse für Entwicklung in der Peripherie machen würde. Die Formel vom «*Wettbewerb der Systeme*» wäre für eine längerfristige Harmonisierung der Lohn- und Sozialleistungen mit einiger Sicherheit wesentlich effizienter als bürokratische Gleichschaltung von oben. Und eine Förderung der Strukturanpassungen mit Instrumenten, die der EG für solche Zwecke zur Verfügung stehen — und auch eingesetzt werden —, bietet ungleich bessere Aussichten, dieses Problem zu lösen.

Willy Linder

## Südafrika — libanonisiert?

Der auch in anderen Krisengebieten nunmehr geläufige Vergleich mit dem Zerfall Libanons mag überraschen. Und doch wird er in der südafrikanischen Presse neuerdings verwendet. War uns bisher im Zeichen der Apartheid und aller Aspekte der extremen Ungleichheit — wirtschaftlich, sozial, politisch — der Konflikt zwischen Weiss und Schwarz als der entscheidende erschienen, so sind es in den letzten sechs Monaten doch die blutigen Zusammenstösse zwischen Anhängern Buthelezis und Mandelas, die im Vordergrund stehen. Werden diese Zusammenstösse, die Hunderte von Toten kosten, von den Weissen geschürt, die an einer Spaltung zwischen den Bewegungen, Parteien, Gewerkschaften der schwarzen Mehrheit Interesse haben? Sind die weissen Polizisten faktisch auf Seiten des Zuluführers, der das «Homeland» Kwa Zulu beherrscht, doch sich weigert, dessen Souveränität

anzunehmen? Ein Verhalten, das für die Mehrzahl der ohnehin ausserhalb Südafrikas von niemanden anerkannten Pseudostaaten gilt.

Chief Buthelezi, der als Nachkomme des mächtigen Zuluherrschers Chaka gilt, hat seine Machtgrundlage in Natal. Sie reicht darüber hinaus, ist aber im eigenen Stammland nicht unangefochten. Hat die Inkatha-Bewegung, wirklich drei Millionen Anhänger?

Nelson Mandela, der sich bisher mit Buthelezi nicht treffen wollte — «Wozu soll das gut sein?» — mobilisierte auch in Natal 120 000 Schwarze zu seinem ersten Meeting. Es geht nicht nur um die Spannung, oft den Hass zwischen Xhosa, die die Mehrheit der Mitglieder des African National Congress (ANC) stellen, und den Zulus, sondern auch um den Gegensatz zwischen den Zulus der Dörfer und jenen, die Opfer der schnellen Verstädterung mit untragbaren Wohnbedingungen sind. Auch



Konflikte unter Zulus sind mörderisch gewesen.

Buthlezi hatte sich der Forderung des ANC nach Wirtschaftsboykott verweigert, was ihm die Sympathie der Regierung sicherte. Nelson Mandela versteht seine Bewegung nicht ausdrücklich als «schwarze» — obwohl gewiss nur wenige Weisse, Mischlinge, Inder vom Angebot Gebrauch machen. Doch ist das Konzept einer nicht nach «Rasse» festgelegten Bewegung zukunftsfruchtiger. Präsident de Klerk setzt auf Mandela und hat mit ihm gemeinsame Pressekonferenzen gehalten, in denen auch extrem von einander abweichende Ansichten in freundlichem Ton wechselseitiger Schätzung vorgebracht werden und Mandela nach 27 Jahren in Zuchthäusern und Gefängnissen sich so gelassen und humorvoll gibt, dass sich die Frage aufdrängt, wie man es sich leisten konnte, auf einen solchen Mann zu verzichten. De Klerk, der reformbereite, hat vielleicht bei weitem nicht die Mehrheit der Weissen hinter sich. Rechts von ihm ist eine Menge extremer und superextremer Gruppierungen, die auf Gewalt setzen, um alle Vorzüge der weissen Alleinherrschaft zu wahren und sogar zu verstärken. Sogar Terre Blanche ist unter ihnen nicht der radikalste. Es sind die Machtkämpfe zwischen Weissen und zwischen Schwarzen, die den Vergleich mit Libanon nahegelegt haben.

Doch sieht es so aus, als könne de Klerk sich gegen seinen Gegner behaupten, als lasse er sich nicht von seinem Kurs abbringen, der zu einem Abbau des weissen Machtmonopols

führen muss. Es sind vor allem weisse Arbeiter, die sich in ihren Privilegien durch die nunmehr zahlreichen qualifizierten, unersetzbaren schwarzen Arbeiter mit gut organisierten Gewerkschaften bedroht fühlen. Was die Weissen in diesem Wandel zu verlieren haben, formuliert Marion Gräfin Dönhoff: «98 Prozent der Produktionsmittel sind in weisser Hand, 87 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Landes gehören den Weissen» — fünf Millionen gegenüber dreissig Millionen Nichtweissen.

Dass eine politische Mitsprache der Nichtweissen — die Inder, die «Mischlinge» des Kap haben allerdings von der südafrikanischen «Perestroika» wenig zu erhoffen — auch die Besitzverhältnisse berühren wird, ist unvermeidlich. Im ANC sind viele Kommunisten tätig. Die Zusammenbrüche in Europa haben ihr Prestige nicht beschädigt. Mandela und seine Kameraden setzten rhetorisch auf Verstaatlichung, doch ist das Verlangen, den Reichtum zu teilen, grösser als dasjenige nach Einführung eines Systems, das sich durch die Herbeiführung von Armut auszeichnet. De Klerk hat eine institutionelle Macht, Mandela hat «Charisma», wird aber Kompromisse mit Inkhata suchen müssen. Er spricht nicht für «die» Schwarzen. Da sind Gegensätze zu überwinden, die zwar den Weissen lange Zeit zupass kamen, aber nicht von ihnen erfunden worden sind. Eine Abkehr von der Reformpolitik ist kaum vorstellbar, aber der Weg zu einer südafrikanischen Union, die diesen Namen verdient, ist weit.

*François Bondy*

## «Weltliteratur» und grauer Sand

Japan an der Buchmesse in Frankfurt, dazu zahlreiche Begleitveranstaltungen im Rahmen eines «Japanischen Jahres», breit gefächerte Möglichkeiten, die Kultur des Landes kennen zu lernen, dessen Automobil- und Elektronik-Industrie im Strassenbild und in den Wohnstuben der Welt präsent ist: alles vielleicht ein besonders akzentuierter Aspekt einer allgemeinen und erfreulichen Entwicklung. Auch der freie Zugang zur Kunst, zur Musik und zur Literatur der Völker Nord- und Südamerikas, Afrikas und Ostasiens ist möglich. In Europa, das im Begriff steht, die nationalen Grenzen durchlässig zu machen und dem gemeinsamen Markt so bald als möglich auch den Rahmen der politischen Vereinigung zu geben, könnten übernationale kulturelle Identitäten neu oder wieder entdeckt werden. Mag sein, dass es regionale Eigenarten im Zuge dieser Veränderungen schwerer haben, sich im erweiterten Horizont noch zu behaupten. Der geschichtliche Wandel ist ohne Verluste nicht zu haben. Was bisher im kleineren Raum gewachsen ist, wird vielleicht in die Rolle des Veralteten und Überholten gedrängt; nach Schutzzöllen für erhaltenswerte Folklore zu rufen, wäre falsch. Die Bewegung mit dem Fremden und die Erkenntnis, was daran anders ist, schärft den Blick für das Eigene und für die kulturelle Gegenwart, in der wir leben.

Aber dass das nahezu unbegrenzte Angebot in seiner Fülle und Vielseitigkeit, auch in seinen exotischen Spezialitäten und Sensationen, den erwünschten, befruchtenden Kulturaustausch durch Betrieb und Vorherrschaft des Sekundären — wie *George Steiner* in

seinem Buch «Von realer Gegenwart» darlegt — weit eher vortäuscht als wachsen und wirken lässt, ist leider nicht auszuschliessen<sup>1</sup>. Kleinkulturen werden in die falsche Alternative gedrängt, entweder den Anschluss zu suchen oder in die Isolation zu gehen. Weder das eine noch das andere ist wünschbar und entspräche jenem Dialog, den sich Goethe vorstellte, als er die Idee der Weltliteratur erwog. Er dachte an literarischen Brückenbau, an den Austausch geistiger Güter, an einen ideellen Handelsverkehr. Er brauchte, um seine Vorstellungen zu umschreiben, tatsächlich Metaphern von Handel und Markt.

An kaum einem andern Ort als gerade an der Frankfurter Buchmesse scheint die Idee der Weltliteratur sichtbare Realität geworden zu sein. Nationalliteratur, so sagte Goethe zu Eckermann, wolle jetzt nicht mehr viel sagen, die Epoche der Weltliteratur sei an der Zeit, und jeder müsse jetzt dazu wirken, diese Epoche zu beschleunigen. Er verstand darunter eine zwischen den Völkern vermittelnde Literatur, einen geistigen Raum, in welchem sie sich zum gegenseitigen Austausch ihrer ideellen Güter begegnen. Was er sich schwerlich vorgestellt hat, ist der literarische Supermarkt, das unbeschränkte Sortiment nicht nur des Herausragenden, sondern des Gängigen in jeder Preislage. Sein imaginärer Raum der Weltliteratur hat nichts mit einem Warenhaus zu tun.

Natürlich spricht der Umstand, dass es diesen Aspekt des internationalen Literaturmarkts auch gibt, nicht gegen die ernsthaften Bemühungen der Übersetzer und ihrer Verleger, der Interpre-

ten und Kritiker, die aus Neigung und Kenntnis von dem künden, was sie entdeckt haben, was sie fasziniert und zur Auseinandersetzung herausfordert. Die Kulturen und Literaturen miteinander ins Gespräch zu bringen, ist eine ihrer vornehmsten Aufgaben. Die Chance ist grösser denn je; von der kommunikationstechnischen Seite her ergeben sich da Möglichkeiten, von denen Goethe nicht einmal träumen konnte. Soll es uns stören, dass die Expansion des globalen Kulturmarktes vielleicht weniger erfreuliche Folgen haben könnte? Zum Beispiel eine «Weltkultur», in der allmählich eingebnet und angeglichen ist, was sich ursprünglich klar unterschieden hat?

Da gibt es doch, dem Globaltouristen nicht unbekannt, einen Souvenirartikel in Form eines Schlüsselanhängers, der für mögliche Entwicklungen ein Bild abgibt. Am Kettchen hängt ein winziges Fläschen, das so kunstvoll mit feinstem farbigem Sand gefüllt ist, dass sich darin ein Palmenstrand, Sand und Meer, das leuchtende Segel einer Jangade und die rote Sonne am Horizont erkennen lassen. Aber nach einiger Zeit haben sich die farbigen Körnchen vermischt. Das Fläschen enthält kein Bild mehr, nur noch grauen Sand.

*Anton Krättli*

<sup>1</sup> George Steiner, Von realer Gegenwart. Hat unser Sprechen Inhalt? Carl Hanser Verlag, München 1990.

**Sprüngli**

**Première.  
Prestige Truffes  
von Sprüngli.  
Vortrücklich.**

Paradeplatz · Hauptbahnhof Zürich · Bahnhofstr. 67 · Shop  
Ville · Löwenplatz · Stadelhoferplatz · Bahnhof Stadelhofen ·  
Glattzentrum · SC-Spreitenbach · Airport-Shopping Kloten